

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 45. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Freitag, dem 12. Mai 2023

1. Abgeordnete

**Dr. Anna Köbberling,
Kathrin Anklam-Trapp,
Michael Hüttner,
Lana Horstmann und
Dr. Katrin Rehak-Nitsche
(SPD)**

Ein Jahr Transformationsagentur

Seit rund einem Jahr besteht nun die rheinland-pfälzische Transformationsagentur, die als Anlaufstelle für Fragen rund um die Wandlungsprozesse der Arbeits- und Lebenswelt fungiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie fällt die Bilanz der Landesregierung nach einem Jahr Transformationsagentur aus – auch vor dem Hintergrund der schwierigen globalen Rahmenbedingungen (Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise), die dieses Jahr prägten?
2. Was hat sich in diesem Jahr von Seiten der Betriebe und der Beschäftigten als Hauptinteresse an die Transformationsagentur und -begleiter herausgestellt?
3. Worauf will die Landesregierung bei ihrer Transformationspolitik in den kommenden zwölf Monaten ihre Schwerpunkte legen?
4. Welche Rolle spielt dabei auch das Thema ökologische Transformation?

2. Abgeordnete

Anette Moesta (CDU)

Betrieb der integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe Rhein-Lahn

Im Jahr 2017 gab es erste Hinweise auf finanzielle Unzulänglichkeiten und Personalprobleme in der integrativen Kita der Lebenshilfe Rhein-Lahn in Singhofen. Die Vorwürfe richteten sich auch gegen den damaligen Geschäftsführer der Kita.

Seitens der Eltern und Mitarbeiter gab es in den darauffolgenden Jahren mehrfache und deutliche Hinweise auf massives Mobbinggeschehen, Kindeswohlgefährdung und Personalschwierigkeiten in der Einrichtung.

Sowohl das zuständige Landesamt als auch die Kreisverwaltung und das Kreisjugendamt wurden über die Geschehnisse informiert.

Ein Tätigwerden des Landes erfolgte offenbar nicht, obwohl die Missstände und Unregelmäßigkeiten verschiedenster Art spätestens seit dem Jahr 2019 dort bekannt gewesen sein mussten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass das zuständige Landesamt trotz Kenntnis über den pädagogischen, finanziellen und personellen Schaden von sich aus nicht tätig geworden ist, scheinbar bis heute tatenlos zugeschaut und konkrete Hinweise auf Kindeswohlgefährdung offensichtlich überhört, nicht weiterverfolgt oder nicht ernst genommen hat?
2. Aus welchem Grund wurde der Kita in Singhofen trotz der massiven Anschuldigungen und Hinweise auf Mobbinggeschehen, Kindeswohlgefährdung und finanzielle Unzulänglichkeiten durch Mitarbeiter und Eltern die Betriebserlaubnis durch das Landesamt nicht entzogen?
3. Inwiefern war der Landesregierung bekannt, dass im Juli 2019 mutmaßlich auf Weisung von Landrat Puchtler ein erkennbar nicht den Tatsachen entsprechender Verwendungsnachweis der Lebenshilfe durch das Kreisjugendamt akzeptiert wurde?
4. Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in der Rhein-Zeitung am 9. Mai 2023, dass es mindestens einen Kurzvermerk der Kreisverwaltung Rhein-Lahn zu Krisengesprächen des Jahres 2019 zwischen Landesjugendamt, Kreisjugendamt und der Kreisverwaltung gegeben hat, frage ich die Landesregierung, welche Kenntnis diese über Anzahl und Umfang von Vermerken und Protokollen des Landesamtes zum Sachverhalt der Kita Singhofen hat?

3. Abgeordnete

**Fabian Ehmann und
Carl-Bernhard von Heusinger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Start des Kommunalen Klimapaktes 2023 – Klimaschutz, der ankommt

Die Kommunale Klimaoffensive im Land Rheinland-Pfalz wurde von der Landesregierung im November 2023 vorgestellt, um die herausragende Aufgabe des Klimaschutzes und der Energiewende gemeinsam mit den Kommunen zu stemmen.

Die Teilnahme der ersten fünfzig Kommunen am „Kommunalen Klimapakt (KKP)“ ist seit dem 1. März 2023 offiziell. Unter Federführung des Klimaschutzministeriums werden diese Kommunen durch die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen eine passgenaue Beratung für ihre kommunale Klimaschutzplanung auf dem Weg hin zur Klimaneutralität bekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Kommunen haben sich seit Start des KKP beim Klimaschutzministerium beworben?
2. Wie profitieren Kommunen von einer Bewerbung, selbst wenn sie noch nicht in der ersten Runde dabei sein können?
3. Wie viel Personal wird in der Energieagentur Rheinland-Pfalz und im Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen eingestellt und für die Beratung geschult?
4. Welche Veranstaltungen und Foren sind für dieses und nächstes Jahr im Rahmen des KKP geplant?

4. Abgeordneter

Martin Louis Schmidt (AfD)

Unzureichende Deutschkenntnisse an rheinland-pfälzischen Schulen und Sprachstandsfeststellungen

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern hält die Landesregierung es für angemessen, dass der Steuerzahler Herkunftssprachenunterricht finanziert, obwohl diejenigen Schüler, die den Herkunftssprachenunterricht besuchen, häufig elementare Kenntnisse in der deutschen Sprache vermissen lassen?
2. Inwiefern ist es sinnvoll, an einer Schule wie die Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen, an welcher 98 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund aufweisen und viele Schüler ohne Deutschkenntnisse sind, an der sofortigen Einbindung in den Regelunterricht festzuhalten?
3. Inwiefern ist die Aussage einer Mutter eines Schülers richtig, viele Lehrer an der Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen würden mit den Kindern Türkisch oder Albanisch sprechen?
4. Inwiefern gibt es seitens der Landesregierung Überlegungen, die Sprachstandsfeststellungen vor Eintritt in die Grundschule vorzuziehen (z. B. auf eineinhalb Jahre vor der Einschulung)?

5. Abgeordnete

**Cornelia Willius-Senzer und
Steven Wink (FDP)**

Fachkräftegewinnung aus dem Ausland

Die Bewältigung des Fachkräftemangels ist eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung. Insbesondere der demographische Wandel in der Gesellschaft sorgt dafür, dass immer weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werben zahlreiche Wirtschaftsnationen um internationale Fachkräfte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Branchen und Berufe sind in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft vom Fachkräftemangel derzeit besonders betroffen?
2. Mit welchem Mangel an Fachkräften rechnet die Landesregierung bei gleichbleibender demographischer Entwicklung bis zum Jahr 2040?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um gezielt qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland für eine Tätigkeit in Rheinland-Pfalz zu gewinnen?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um geflüchteten Menschen, die sich schon in Deutschland befinden, den Zugang zu einer Berufsausbildung zu ermöglichen?

6. Abgeordnete
Stephan Wefelscheid,
Dr. Joachim Streit,
Helge Schwab,
Herbert Drumm,
Lisa-Marie Jeckel und
Patrick Kunz
(FREIE WÄHLER)

Vertragsbeziehungen zwischen der ADD und der m2a artitude BetriebsGmbH

Im Namen des Innenministeriums verteidigt derzeit die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) die Auftragsvergabe an die m2a artitude BetriebsGmbH, die Eventfirma von Missy Motown (mit bürgerlichem Namen Nicole Schober) mit Sitz in Frankfurt am Main, betreffend die personelle Besetzung der Infopoints im Ahrtal nach der Flutkatastrophe. Wie in der Presseberichterstattung zu lesen war, habe man seitens der ADD „schnell und unbürokratisch“ den Auftrag vergeben wollen. Wie die ADD auf Anfrage der Allgemeinen Zeitung vom 4. Mai 2023 mitteilte, sei die Arbeit an den Infopoints regelmäßig kontrolliert worden – unter anderem hätten Mitarbeiter des ADD-Verwaltungsstabs die Infopoints immer wieder abgefahren. In der aktuellen Presse erklärte die Geschäftsführerin des Helfer-Stabes: „Für die Arbeit in den Infopoints haben wir im Rahmen des Dienstleistungsvertrags mit der ADD und später mit der Kreisverwaltung, Menschen angestellt, die im Ahrtal zu Hause sind und dort gearbeitet haben. Niemand ist dafür aus Frankfurt engagiert worden.“ Die befristete Einstellung der Arbeitnehmer als Katastrophenhelfer im Ahrtal sei in Form einer Beauftragung durch die ADD des Landes Rheinland-Pfalz erfolgt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie lautet der konkrete Auftrag der ADD an die m2a artitude BetriebsGmbH in Bezug auf das Stellen von Katastrophenhelfern, der dem Vertrag zwischen den genannten Vertragspartnern zugrunde lag?
2. Welchen staatlich-hoheitlichen Auftrag haben diese gestellten Katastrophenhelfer ausgeübt?
3. Was war Inhalt dieser Kontrollen (Anwesenheitskontrollen, persönliche Gespräche, Beratungen, Einhaltung von Arbeitnehmerschutzvorschriften, etc.)?
4. Durch wen wurden die eingesetzten Mitarbeiter der Infopoints sachlich-fachlich für ihren Einsatz vorbereitet und geschult?

7. Abgeordnete
Nina Klinkel,
Hans Jürgen Noss,
Jens Guth,
Michael Hüttner und
Heike Scharfenberger (SPD)

Erfolgreiche Ermittlungen des Landeskriminalamtes – Wirkungsvoller Schlag gegen die Mafia

Mit einem Großeinsatz in mehreren Bundesländern ist die Polizei am 3. Mai 2023 gegen Mitglieder der italienischen Mafia 'Ndrangheta vorgegangen. Deutschlandweit waren mehr als 1 000 Beamtinnen und Beamte im Einsatz, darunter auch Ermittlerinnen und Ermittler des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Einzelmaßnahmen im Rahmen des Großeinsatzes gab es in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Strukturen der Mafia-Organisation 'Ndrangheta in Rheinland-Pfalz?
3. Wie lief die länderübergreifende Zusammenarbeit?
4. Welche Maßnahmen unternimmt die Polizei gegen die 'Ndrangheta?

8. Abgeordnete
Josef Winkler und
Carl-Bernhard von Heusinger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kultursommer 2023: europäisch inspiriert, in Rheinland-Pfalz zu erleben

Vom 12. bis 14. Mai 2023 findet die Eröffnung des diesjährigen Kultursommers in Trier statt. Mit einem großen Fest rund um den Palastgarten wird der Startschuss gegeben für ein umfangreiches Kulturprogramm, das in allen Teilen des Landes – in den Städten wie auf dem Land – von Mai bis Oktober erlebt werden kann. Unter dem Motto „Kompass Europa: Westwärts“ liegt in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf Kunst und Kultur unserer westlichen und nordwestlichen europäischen Nachbarn Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg sowie England, Irland Schottland und Wales.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Projekte werden im Rahmen des diesjährigen Kultursommers in welchem Umfang gefördert?
2. Welche Künstler*innengruppen und Institutionen profitieren hauptsächlich von der Förderung im Rahmen des Kultursommers?
3. Welche besonderen kulturellen Höhepunkte erwarten die Besucher*innen beim diesjährigen Kultursommer?
4. Da Rheinland-Pfalz zu Beginn des Jahres 2023 die Präsidentschaft des Gipfels der Großregion übernommen hat, inwiefern wirkt sich die Präsidentschaft auf den diesjährigen Kultursommer aus?

9. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Stärkung des Tourismus in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein international renommiertes Reiseziel. Die touristischen Möglichkeiten im Land sind vielfältig und werden von Menschen aus dem In- und Ausland geschätzt. Gleichzeitig ist die Tourismusbranche ein wichtiger Arbeitgeber mit zahlreichen Berufsfeldern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Lage der Tourismuswirtschaft im Vergleich zu den Vor-Corona-Jahren seit dem Sommer 2022 entwickelt?
2. Wie viele Menschen in Rheinland-Pfalz arbeiten in maßgeblich vom Tourismus abhängigen Branchen?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um Rheinland-Pfalz national und international als Reiseziel bekannter zu machen?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffenen Betriebe der Tourismusbranche zu unterstützen?

10. Abgeordnete
Dr. Katrin Rehak-Nitsche,
Dr. Anna Köbberling,
Florian Maier,
Tamara Müller und
Anke Simon (SPD)

Quantentechnologie in Rheinland-Pfalz – Erfolgreiche Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses

Das Quantencomputing ist in der Lage, Aufgaben und Berechnungen zu bewältigen, die für klassische Computer zu komplex sind. Diese Leistung erfolgt mithilfe der Gesetze der Quantenmechanik. Um die Quantenforschung als innovative Zukunftstechnologie in Rheinland-Pfalz stärker zu vernetzen und zu koordinieren, schlossen sich im März dieses Jahres die Universitäten in Kaiserslautern und Mainz mit zwei Forschungsinstituten zur Quanteninitiative Rheinland-Pfalz (QUIP) zusammen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die Quantenforschung in Rheinland-Pfalz?
2. Wie unterstützt die Landesregierung den wissenschaftlichen Nachwuchs im Bereich Quantentechnologie in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Zukunftschancen werden in der Technologie gesehen?

11. Abgeordnete
Heike Scharfenberger,
Michael Hüttner,
Nina Klinkel,
Hans Jürgen Noss und
Thomas Wansch (SPD)

Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2023

Die EU-Kommission hat zu Beginn des Jahres ein Arbeitsprogramm mit über 40 neuen Initiativen vorgelegt. Einige der geplanten Maßnahmen haben unmittelbare Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz. Lern- und Arbeitsmobilität sind durch die verschiedenen Grenzen zu anderen EU-Ländern für Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Da die Lernmobilität seitens der EU weiter gefördert werden soll, wie bewertet die Landesregierung die angestrebten Maßnahmen?
2. Welche Auswirkungen haben die geplanten EU-Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmobilität?
3. Welche Funktionen kann eine fortschreitende Digitalisierung in diesen Bereichen übernehmen?
4. Welche Maßnahmen bestehen hier bereits?

12. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp,
Michael Hüttner,
Lana Horstmann,
Dr. Anna Köbberling und
Dr. Katrin Rehak-Nitsche
(SPD)
- Evaluationsbericht zur „Gemeineschwester plus“**
- Zum Landesprogramm „Gemeineschwester plus“, das 2015 als Beratungsangebot für hochbetagte Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen wurde, ist kürzlich der zweite Evaluationsbericht veröffentlicht worden.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche zentralen Erkenntnisse liefert der Bericht insbesondere mit Blick auf das von der Landesregierung formulierte Ziel der Bekämpfung von Einsamkeit bei hochbetagten Menschen?
 2. Welche Bedarfe haben die älteren Menschen darüber hinaus besonders häufig formuliert und wie konnten die „Gemeineschwester plus“ dabei unterstützen?
 3. Inwieweit ist es gelungen, die „Gemeineschwester plus“ in die jeweiligen kommunalen Strukturen und Prozesse zu integrieren, auch vor dem Hintergrund örtlicher Besonderheiten?
 4. Wie können Personengruppen besser erreicht werden, die die Angebote bislang noch zurückhaltend wahrnehmen, insbesondere Männer sowie Personen mit Migrationshintergrund?
13. Abgeordnete
Heike Scharfenberger,
Nina Klinkel,
Hans Jürgen Noss,
Jens Guth und
Michael Hüttner (SPD)
- Luftrettung zukunftsfest aufstellen – Dauerhafte Stationierung von Christoph 66 und Neubau einer Luftrettungsstation für die Westpfalz**
- Am 27. April 2023 haben Innenminister Michael Ebling und Frédéric Bruder, Geschäftsführer der gemeinnützigen ADAC Luftrettung, in Mainz einen Vertrag zur dauerhaften Übertragung des Luftrettungsdienstes in der Region Westpfalz unterzeichnet. Die Konzession beinhaltet neben dem Betrieb des Rettungshubschraubers Christoph 66 auch den Bau und Betrieb einer Luftrettungsstation im Rettungsdienstbereich Kaiserslautern.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Schritte waren erforderlich um die Stationierung eines Intensivtransporthubschraubers in der Westpfalz zu ermöglichen?
 2. Mit welchen Kosten rechnet die Landesregierung für die dauerhafte Stationierung von Christoph 66 in der Westpfalz?
 3. Wie lange gilt die mit der ADAC Luftrettung getroffene Dienstleistungskonzession?
 4. Wann wird der neue Standort in Betrieb gehen?
14. Abgeordnete
Sven Teuber,
Alexander Fuhr,
Florian Maier,
Susanne Müller und
Astrid Schmitt (SPD)
- „Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung“**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie ist die Situation in Rheinland-Pfalz betreffend des Rechtsanspruch Ganztag?
 2. Wie viele neue Ganztagschulen gibt es in Rheinland-Pfalz?
 3. Wie ist der Stand der Gespräche mit den Kommunen?
15. Abgeordnete
Daniel Schäffner,
Alexander Fuhr und
Markus Kropfreiter (SPD)
- Gigabit-Richtlinie 2.0**
- Am 3. April 2023 hat die Bundesregierung nach vorhergehender langer und intensiver Abstimmung mit den Ländern die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie 2.0) veröffentlicht. Mit diesem Förderprogramm wird die Unterstützung des Gigabitausbau, der zuvor durch die Gigabit-Richtlinie des Bundes im Graue-Flecken-Förderprogramm gefördert worden ist, fortgeführt.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie gestaltet sich das Förderverfahren und wie läuft es ab?
 2. Wozu dient die Einführung der jährlichen Länderobergrenzen und auf der Grundlage welcher Berechnung?
 3. Was beinhaltet die Potenzialanalyse des Bundes mit welcher Bedeutung für die Förderung?
 4. Was ist der Zweck des sogenannten Branchendialogs?

16. Abgeordnete
Nina Klinkel,
Hans Jürgen Noss,
Jens Guth,
Michael Hüttner und
Heike Scharfenberger (SPD)

Weiterentwicklung der Verkehrssicherheit – Erfolgreicher Abschluss des Monocam-Pilotprojekts

Die Bilanz zum Monocam-Pilotprojekt hat gezeigt, dass die Kamera die Ablenkungsverstöße durch Handynutzung am Steuer erkennen kann und durch den neuen Ansatz die Anzahl der Ablenkungsverstöße in den Testphasen in Trier und Mainz mindestens halbiert werden konnte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Ablenkungsverstöße wurden in den Testphasen registriert?
2. Wie viele Monocams werden in Zukunft in Rheinland-Pfalz im Einsatz sein?
3. Wie sollte die Rechtsgrundlage für den zukünftigen Einsatz der Monocams in Rheinland-Pfalz ausgestaltet sein?
4. Welche Bedeutung wird der Datenschutz beim dauerhaften Einsatz der Monocam haben?

17. Abgeordnete
Dr. Katrin Rehak-Nitsche,
Dr. Anna Köbberling,
Florian Maier,
Tamara Müller und
Anke Simon (SPD)

Dezentrale Erneuerbare Energien – Das Projekt AMMONPAKTOR

Am 10. Februar 2022 überreichte Ministerialdirektor Daniel Stich rund 2,7 Mio. Euro an das Fraunhofer Institut für Mikrotechnik und Mikrosysteme IMM in Mainz und des Fraunhofer Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik ITWM in Kaiserslautern zur Förderung des gemeinsamen Projekts „Nutzung von Ammoniak als kohlendioxidfreien Wasserstoffspeicher für die dezentrale Bereitstellung von Wasserstoff – Entwicklung eines innovativen kompakten Reaktorkonzeptes“ (AMMONPAKTOR).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was ist das Ziel des gemeinsamen Projektes?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Projekt mit Blick auf die dezentrale Bereitstellung des Energieträgers Wasserstoff in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz?
3. Welche weiteren Maßnahmen gibt es an rheinland-pfälzischen Hochschulen im Bereich dezentrale Bereitstellung von Wasserstoff?